

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>preis in unerschwingliche Höhen steigt. Dazu gehört auch, dass wir die Energieeffizienz deutlich steigern und Einsparpotentiale nutzen. Denn jede Kilowattstunde Strom, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht bezahlt werden.</p>	1
<p><i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 8</i></p>	5
<p><i>Landesverband Sachsen</i></p>	10
<p><b><i>Pumpspeichertechnologie modernisieren, sichern und ausbauen</i></b></p>	<p><b><i>VII.A8</i></b> <b><i>Pumpspeichertechnologie modernisieren, sichern und ausbauen</i></b></p>
<p>Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, sich neben dem Ausbau erneuerbarer Energie ebenso für die Priorität der Speichertechnologie von Pumpspeicherkraftwerken einzusetzen und die Bundesregierung dazu zu drängen, diese nach allen Möglichkeiten zu fördern. Dies gilt sowohl allgemein wie auch im aktuell vorliegenden Fall für das PSW Niederwartha, das nach neuesten Aussagen Vattenfalls von der Schließung bedroht ist und für das laut einer kleinen Anfrage keine Mittel zur Rettung bereitstehen. Damit wird der Erfolg der Energiewende bedroht, da diese Regel- und Speicherkraftwerke unabdingbar sind um die Fluktuationen von Wind- und Solarenergie grundlastfähig zu machen und auf keines dieser Kraftwerke verzichtet werden kann.</p>	15 Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion 20 25
<p><i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 9</i></p>	30
<p><i>Region Ostwestfalen-Lippe</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	35
<p><b><i>Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden</i></b></p>	<p><b><i>VII.A9</i></b> <b><i>Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden</i></b></p>
<p>Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden, Salzverminderungsstrategie vor Ort umsetzen, Werra und Weser von Salzlaugen entfrachten Die SPD-Bundestagsfraktion und eine künftige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werden aufgefordert, umgehend Maßnahmen gegen die weitere Ableitung von salzhaltigen Abwässern aus den Kali- und Salzproduktionsstätten in Hessen und Thüringen einzufordern. Dazu werden wir die noch aus dem Kriegsjahr 1942 stammenden zulässigen Grenzwerte für Chlorid von 2.500 mg/L entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie für guten ökologischen Zustand reduzieren. Zur Sicherung der Arbeitsplätze und der weiteren Produktion von Kalidüngern in den Abbaugebieten werden wir gezielt Technologien zur Haldenabwasserklärung und –entsalzung fördern und deren Anwendung einfordern. Planungen und Maßnahmen zum Bau einer Fernleitung mit dem Ziel, salzhaltige Halden- und Produktionsabwässer in die Oberweser einzuleiten müssen umgehend eingestellt werden. SozialdemokratInnen halten daran fest: Abfälle und Abwässer vermeiden, vor Ort entgiften, regional entsorgen. Sollten diese Maßnahmen nicht zeitnah und vollständig zum Erfolg führen, streben wir den Bau einer Fernleitung zur Nordsee als Ableitungsweg der Salzfrachten als dann folgende technische Lösung an. Die EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ab dem Jahr 2020 wäre auf jeden Fall zu berücksichtigen.</p>	40 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 45 50 55 60 65